

# Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Wegpreis monatlich M. 8.25, durch Poien ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen M. 8.—, Wochenkarten 75 Pfg. Bei Postbezug vierjährig M. 9.75 ausschließlich Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 20 Pfg. Ausgabe werktäglich nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streit, Sperrung, Auslieferung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postfachkonto Leipzig 40214. Geschäftsstelle: Hohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 8.

**Oberlungwitzer Tageblatt**  
**Bersdorfer Tageblatt**

Wegpreis im Bezugsgebiet die Geschäftsstelle 50 Pfg., sonst 60 Pfg., außerhalb 1.50 M.; bei Einzelbestellungen tarifmäßiger Nachsch. Zustellung und Vermittlung nur schriftlichen Aufträgen 30 Pfg. Einzelverkauf durch Postboten schließt jeden Anspruch aus. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeiger durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sonstiger Wegnahme bewilligten Abgabe in Verrechnung. — Preisprophet Nr. 151.

**Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Bersdorf, Hermsdorf, Rösdorf, Bernsdorf, Wästenbrand, Mittelbach, Gröna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf usw.**

Nr. 73

Sonntag, den 28. März 1920

47. Jahrgang

Bezirksverband.  
179a Fe.

## Sonderzuweisung in Margarine.

In der Woche vom 28. März bis 3. April 1920 kommen als Sonderzuweisung 100 Gramm Margarine auf den Kopf der Versorgungsberechtigten und Selbstverfoger zur Ausgabe. Die Abgabe hat auf Marke 4 der Landesetikette und Marke XI der grauen Lebensmittelkarte für Selbstverfoger zu erfolgen.

339 Le.

## Nährmittel.

Für die nächsten Wochen sind zur Verteilung auf Lebensmittelkarte A bzw. Kindernährmittelkarte C bestimmt:

28. März bis 3. April 1920.  
100 Gramm Tapiokamehl (6,30 Mk. das Pfund) auf Marke 55  
250 Gramm Zwieback auf Marke XIX der grauen und R der roten Kindernährmittelkarte C  
200 Gramm Hafersflocken (3,75 Mk. das Pfund) auf Marke U5 vom Bezirksverband.

Zuweisung des Landes-Lebensmittelamts, vom Bezirksverband.

4.—10. April 1920.  
100 Gramm Tapiokamehl auf Marke 55  
250 Gramm ausländische Bohnen als Fleischersatz (2,30 Mk. das Pfund) auf Marke 55  
250 Gramm amerikanisches Hafermehl (1,80 Mk. das Pfund) auf Marke XX der grauen und S der roten Kindernährmittelkarte C  
200 Gramm Erbsen (5,00 Mk. das Pfund) auf Marke X5 vom Bezirksverband.

Zuweisung des Landes-Lebensmittelamts, vom Bezirksverband.

11.—17. April 1920.  
100 Gramm Tapiokamehl auf Marke 55  
250 Gramm amerikanisches Hafermehl auf Marke A der neuen grauen und roten Kindernährmittelkarte C  
100 Gramm Erbsen (5,00 Mk. das Pfund) auf Marke 55  
100 Gramm Hafermehl (3,85 Mk. das Pfund) auf Marke 11  
Glauchau, am 24. März 1920.

Zuweisung des Landes-Lebensmittelamts, vom Bezirksverband.

Fehr. v. Welch, Amtshauptmann.

Die Diensträume der Abteilung für Verkehrssteuern beim unterzeichneten Hauptzollamt (Abt. für Erbschafts-, Umsatz- und Grunderwerbsteuer, Reichs- und Landesstempel) befinden sich vom 1. April 1920 ab in Chemnitz, Plantzstraße 101 (Wannenkafene). Fernsprecher Nr. 2848. Dienstzeit: 1/8—1/4 Uhr, Raßenschuß: 2 Uhr. Anschrift: Hauptzollamt — Verkehrssteuern — Chemnitz, Plantzstraße 101. 2290

Kartoffeln, die etwas geküht haben, gegen Wochenkartoffelbezugskarte bei Giesler, König-Albertstraße. Jede Person 5 Pfund 1 Pfund kostet 20 Pfa. Montag: 8—9: 3001 bis 3100, 9—10: 3101—3200, 10—11: 3201—3300, 11—12: 3301—3400, 2—3: 3401—3500, 3—4: 3501—3600, 4—5: 3601—3700, 5—6: 4001—4100. Dienstag: 8—9: 4101—4200, 9—10: 4201 bis 4300, 10—11: 4301—4400, 11—12: 4401—4500, 2—3: 4501—4600, 3—4: 4601—4700, 4—5: 4701—4800, 5—6: 4801—4900. Die Zeiten müssen unbedingt genau eingehalten werden.

## Burschen und Mädchen

für die Landwirtschaft nach Sachsen-Anhalt unter sehr günstigen Bedingungen sofort gesucht. Mindestlohn bei völlig freier Station 7 Mark täglich für Burschen und 5 Mark für Mädchen. Ueberstunden, Sonntagsarbeit und Regentage werden vergütet. Nächster Transport verläßt Hohenstein-Ernstthal am 31 dieses Monats. Meldungen nimmt der städtische Arbeitsnachweis — Zimmer Nr. 22 — entgegen.

Mit dem 1. April 1920 tritt bei der Kirche zu Oberlungwitz eine neue Gebührenordnung in Kraft. Dieselbe liegt zur Einsicht für Kirchgemeindeglieder während der Geschäftsstunden in der Pfarramts-Schreibstube aus. Oberlungwitz, am 23. März 1920. Der Kirchenvorstand.

## Der Regierungsrücktritt

Ist, wie gestern schon unter „Letzte Nacht“ von uns mitgeteilt, Tatsache geworden. Kurz vor dem Einlaufen in den Hafen ist das alte Kabinettsschiff noch gescheitert. Was wir gestern schon an dieser Stelle andeuteten, daß man noch auf allerlei Ueberraschungen gefaßt sein müsse, ist eingetreten. Diesmal ist das Kabinett wirklich zurückgetreten. Der bisherige Minister des Reichs Hermann Müller soll mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt sein. Die Einzelheiten, die zu dem Entschluß des Kabinetts geführt haben, lassen sich im Augenblick allerdings noch nicht ganz übersehen. Es handelt sich wohl nicht allein um die Forderung der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sich ihnen angeschlossen hat, daß Schiffer wegen seiner Verhandlungen mit den Kapitulanten dem Kabinett nicht länger angehören dürfe, sondern auch um Vorgänge innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Darauf läßt der Rücktritt des Leiters der Berliner Organisation Ernst Krüger vom Posten des Unterstaatssekretärs beim Reichspräsidenten schließen, der ausdrücklich mit politischen Meinungsverschiedenheiten begründet wird, sowie die Mitteilung des „Vorwärts“, daß Krüger die Leitung des preussischen Kabinetts übernehmen soll.

In der Nationalversammlung hat sich gestern vormittag die Sache so abgespielt, daß die sozialdemokratische Fraktion den anderen Mehrheitsfraktionen mitteilte, nach ihrer Auffassung sei aus den immer noch bestehenden Schwierigkeiten nur durch einen Gesamttritt des Reichskabinetts herauszukommen. Die demokratische Fraktion hatte diesen Standpunkt von Anfang an vertreten. Dazu dürfte die weit verbreitete Enttäuschung über den geringen Umfang der Neubildung des Reichskabinetts hinzugekommen sein. Fern hat Franz Krüger in einem viel beachteten Vorwärtssartikel, von dem wir gestern schon schrieben, Ausdruck gegeben. Daß Hermann Müller zur Neubildung eines Koalitionskabinetts der geeignete Mann wäre, wird in parlamentarischen Kreisen bezeugt. Immerhin muß man zunächst abwarten, was aus der entstandenen neuen Verwirrung herauskommt. Die Vorstellungen der Nationalversammlung mußten bei diesem Durcheinander selbstverständlich auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Die Sozialdemokraten scheinen Wert darauf zu legen, daß Herr Giesler an der Spitze des Reichswehrministeriums bleibt. Ob die Demokraten überhaupt an dem neuen Kabinett teilnehmen werden, muß sich erst herausstellen. Das dürfte vor allem davon abhängen, ob auch eine wirkliche Neugestaltung des Reichskabinetts eintritt. Das in den Wandelgängen des Reichstages umlaufende Gerücht, es sei die Bildung einer Re-

gierung aus Unabhängigen, Mehrheitssozialisten und Zentrum beabsichtigt, ist, wie uns aus Berlin geschrieben wird, nicht ernst zu nehmen.

**Die Forderungen der Demokraten** hinsichtlich der bekannten Berliner Einigungsbestimmungen zwischen Regierung und Gewerkschaften sind von der Fraktion in nachstehender Entscheidung zusammengefaßt worden:

Die Durchführung der aufgestellten Gewerkschaftsforderungen soll und darf nur erfolgen:  
1. streng auf dem Boden und im Rahmen der Reichsverfassung,  
2. unter Wahrung der demokratischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen, Berufsstände, Organisationen von Arbeitern und Arbeitgebern, von Landwirtschaft und Gewerbe,  
3. unter Rücksichtnahme auf den gegenwärtigen Zustand unserer Volkswirtschaft und die gebietliche Notwendigkeit, die Produktion auf allen Gebieten zu steigern.

Wir fordern in der Nationalversammlung noch vor der Neuwahl: Sofortige Entlassung, Demobilisierung und Bestrafung der am Staatsstreik Schuldigen, gründliche Reinigung der Verwaltung von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, Auflösung der gegenrevolutionären militärischen Formationen, die der Verfassung nicht treu geblieben sind und ihren Ertrag durch Formationen aus allen Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, Einleitung von der Verfassung treuen Führern, Einberufung der Sozialisierungskommission unter Zuziehung der beruflichen Vertreter zwecks Feststellung der für die alsbaldige Sozialisierung geeigneten Wirtschaftszweige unter Ausschaltung der hierfür ungeeigneten mittleren und kleinen Betriebe.

Zu der Gesegebung des künftigen Reichstages wird unsere Partei in ihrem Wahlprogramm, getreu ihren Grundfäden, fordern:

Freie Sozialgesetzgebung, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle rechtliche Gleichstellung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete dauernd und unverzüglich gewährleistet und ein freibewilligtes Beamtenrecht schleunigst einführt. Auf konstitutionellem Gebiete muß die volle Freiheit des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der Volksvertretung als demokratische und staatsrechtliche Grundforderung aufgestellt werden. Eine Inthronung und Mitarbeit der Vertreter aller Organisationen und Berufsstände schon bei der Vorbereitung der Gesetze und Verordnungen und Rücksichtnahme auf ihre, mit dem Gemeinwohl zu vereinbarenden Bedürfnisse, ist Recht und Pflicht der verfassungsmäßigen Regierung.

## Die Lage im Ruhrrevier

Ist noch nicht klar zu beurteilen. Bestimmtheit darüber, ob Weisel mit Artillerie beschossen worden ist, war nicht zu erlangen. Nach einer Meldung aus Karlsruhe (!) soll die Befreiung Weisels 22 Tote und 40 Verwundete geordert haben. Die Richtigkeit dieser Nachricht darf wohl stark angezweifelt werden. Ansehend herrscht Waffenruhe, denn eigentliche Kampfnachrichten liegen nicht vor, so daß vermutlich auch eine Entspannung der Lage eingetreten ist.

**Die Aktionsausschüsse** regieren den Ruhrbezirk. So hat der Aktionsausschuh in Müllheim (Ruhr) den dortigen Bürgermeister Dr. Lemke seines Amtes enthoben. Das gleiche Schicksal traf den Direktor der Müllheimer Straßenbahn, weil er sich weigerte, einen Vorschlag des Personals anzuerkennen, nach dem künftig die Einnahmen der Straßenbahn unter die Angestellten verteilt werden sollen. Dr. Lemke hat Einspruch gegen diese Ungehörigkeit erhoben, und die städtischen Beamten haben sich einmütig auf seine Seite gestellt.

In Essen hat der Volksguard einen Antrag gestellt, wonach die Unternehmer den ehemaligen politischen Gefangenen einen Monatslohn zu zahlen haben, ebenso soll den Hinterbliebenen der Gefallenen durch die Unternehmer der Lohn von einem Monat gezahlt werden. Ein weiterer Beschluß des Essener Volksguardes verfügt die Verschlagnahme aller Panzerwerke in Bürgerfreien und dementsprechende Ausschaltungen. In Dortmund wurde am Donnerstag der Generalstreik erneut verkündet.

**Weitere Ausbreitung der Ruhrrepublik?** Aus Tagen wird berichtet: Die Städte Gladbeck und Recklinghausen sind

von der Roten Armee besetzt worden. Die Rote Armee rückt gegen Lüdinghausen vor und hat die Bahn Weisel-Haltern besetzt. In Reub, Kaiserwerth und Rerefeld haben die Arbeiterorganisationen den Anschluss an die Ruhrrepublik (?) ausgerufen. Starke englische Truppenabteilungen haben die genannten Städte besetzt.

**Die Stärke der Reichswehrtruppen.** Die Reichswehrtruppen sind sehr stark, bei Münster stehen allein 70 Batterien. Sie haben den Ruhrbezirk zum größten Teil umzingelt. (Was wohl etwas übertrieben ist. Schriftl.) Der Volksguard strebt danach, die Rote Armee fest in der Hand zu halten. Er hat Etappen eingerichtet, um die einzelnen Arbeiterbataillone zurückzuziehen und zu entlassen.

In Hamm wurde Donnerstag in allen Vertrieben, sowohl im Bergbau, als auch in der Hüttenindustrie, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Straßenbahn verkehrt wieder, soweit die Leitungen nicht zerstört wurden. Etwa hundert gefangene Reichswehrangehörige befinden sich hier im Gefängnis. Donnerstag wurden 97 Tote in aller Stille beerdigt. Durch einen Zufallstreff wurde auch der Direktor Ebold der Zeche „Lobbers“ getötet.

**Die Gefängnisse geöffnet?** Einige der gewalttätigen Leistung des Essener Gerichtsgefängnisses durch Revolutionäre wurden 950 Gefangene befreit, darunter viele Mörder und Doppelmörder. Eine große Anzahl der Schwerverbrecher soll sich angeblich bei der Rote Armee befinden.

**Vorbereitungen Frankreichs.** Der „Basler Anzeiger“ meldet aus Paris: Aus dem Seine-Departement sind eine Anzahl Truppentransportzüge in das besetzte Rheinland abgegangen. Man schätzt die abgegangenen Verstärkungen auf 11 000 Mann. Sie führen Artillerie mit sich.

**Holland mobilisiert.** Im Zusammenhang mit den Ereignissen an der holländischen Grenze werden drei Jahrgänge der 2. Division unter die Fahnen gerufen. Man befürchtet, daß die Truppen, die Weisel bedrohen und die jetzt Emmerich besetzen wollen, in der Nähe der holländischen Grenze Kampfhandlungen unternehmen könnten.

**Die Reichsregierung** hat an die Bevölkerung von Rheinland und Westfalen einen Aufruf gerichtet, in welchem es u. a. heißt: Der Anschlag der Reaktion ist zurückgewiesen. Staat und Wirtschaft schnellstens wieder in den normalen Stand zurückzuführen werden. Die jetzt noch im Wesen befindlichen Truppen und ihre Führer stehen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und haben das Vertrauen der Regierung. Arbeitertruppen haben unter Bruch des Abkommens die regierungstreuen Reichswehrtruppen in Weisel angegriffen. Dieser schwere Vertrauensbruch muß die schwerste Gefahr heraufbeschwören. Noch jetzt weiterkämpfende Arbeitertruppen müssen mit militärischen Mitteln zur Ordnung zurückgebracht werden.

**General von Seekt,** der vorläufige Oberbefehlshaber, beurteilt die Situation im Ruhrgebiet als noch immer sehr ernst. Die Vorkämpfer Verhandlungen seien zwecklos gewesen. Mit den Kommunisten ist gar nicht verhandelt worden. Den letzten Anstoß der von langer Hand vorbereiteten kommunistischen Aktion im Ruhrgebiet gab der Kapp-Putsch. Es besteht dort

**eine Rote Armee wie in Rußland.** Da müssen also auch militärische Maßnahmen in Betracht kommen. Wir dürfen nicht vergessen, daß uns durch den Friedensvertrag ein Soldatenerbeer ausgesetzt worden ist. Ein solches Soldatenerbeer bildet immer eine Gefahr im Staat. Es würde auch ebenso eine Gefahr sein, wenn es ein rotes Soldatenerbeer wäre. Ein Heer ist nur dann ungefährlich, wenn es ein integrierender Teil der Volksgemeinschaft darstellt. Solange wir das Heer in seiner jetzigen Gestalt haben, muß dafür gesorgt werden, daß es aus allen Schichten der Bevölkerung aufgenommen wird.

**Wahrheit oder Märchen?** Münster, 27. März. Am 13. März, dem Tage des Berliner Putschs, hat, wie man der „Münsterischen Ztg.“ schreibt, in Essen eine Ro-